

Antrag auf Übernahme von Kosten für erhöhte Aufwendungen bei Ferienfreizeitveranstaltungen / Tagesveranstaltungen 2021

Verein/Träger:

Vereinsname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Bankverbindung:

IBAN

Name der Bank

Ansprechpartner*in:

Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Mobil:

E-Mail-Adresse

Bei **Rückfragen** wenden Sie sich bitte an:
Tanja Schwindt-Urbanczyk
Telefon: 04121/4502-3461
E-Mail: t.schwindt-urbanczyk@kreis-pinneberg.de

1. Angebot:

Name der Veranstaltung/des Angebotes	Durchführungszeitraum	
	von	bis
geplante erhöhte Kosten	Anzahl der Teilnehmer*innen	Anzahl der Betreuer*innen

2. Angebot:

Name der Veranstaltung/des Angebotes	Durchführungszeitraum	
	von	bis
geplante erhöhte Kosten	Anzahl der Teilnehmer*innen	Anzahl der Betreuer*innen

3. Angebot:

Name der Veranstaltung/des Angebotes	Durchführungszeitraum	
	von	bis
geplante erhöhte Kosten	Anzahl der Teilnehmer*innen	Anzahl der Betreuer*innen

Begründung der erhöhten Ausgaben

Datenschutzerklärung:

Verantwortlich für die Datenverarbeitung bei der Kreisverwaltung Pinneberg ist die Landrätin Elfi Heesch, Kurt-Wagner-Str. 11, 25337 Elmshorn.

Für Fragen zum Datenschutz steht der Datenschutzbeauftragte der Kreisverwaltung Pinneberg zur Verfügung. Er ist wie folgt zu erreichen unter der Adresse: Kurt-Wagner-Str.11, 25337 Elmshorn oder per Mail an datenschutz@kreis-pinneberg.de

Bezogen auf die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO), das Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO), das Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO), das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) sowie das Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO); letzteres nur, sofern nicht ein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht. Sofern Ihre Daten auf Grundlage einer Einwilligung verarbeitet werden, haben Sie außerdem das Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. a DSGVO beruht, haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen (Art. 7 Abs. 3 DSGVO). Sollten Sie der Ansicht sein, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen Vorschriften des Datenschutzrechts verstößt, haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde (Art. 77 Abs. 1 DSGVO). In Schleswig-Holstein ist dies die Landesbeauftragte für Datenschutz Schleswig-Holstein, Holstenstraße 98, 24171 Kiel, Telefon: 0431 988-1200, Telefax: 0431 988-1223, Online-Beschwerdeformular: <https://uldsh.de/beschwerde>, E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de (Hinweise zur Verschlüsselung von E-Mail-Kommunikation finden Sie unter <https://uldsh.de/mail>) Ist die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten dagegen zur Erfüllung der in der Zuständigkeit der Kreisverwaltung Pinneberg liegenden Aufgabe oder in Ausübung öffentlicher Gewalt, die der Kreisverwaltung Pinneberg übertragen wurde, erforderlich (Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO i.V.m. § 3 Abs. 1 LDSG), so basiert die Verarbeitung nicht auf einer Einwilligung, sondern ist gesetzlich geregelt. Ein Recht auf Widerruf besteht in diesen Fällen nicht.

Der Fachdienst Jugend / und Soziale Dienste, Team Prävention und Jugendarbeit der Kreisverwaltung Pinneberg erhebt Ihre personenbezogenen Daten im Verfahren zur Bearbeitung Ihres Antrags auf „Übernahme von Kosten für erhöhte Aufwendungen bei Ferienfreizeitveranstaltungen in den Herbstferien 2020“. Die Rechtsgrundlage für diese Verarbeitung findet sich in Art. 6 Abs. 1 Buchst. e Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Landesdatenschutzgesetz (LDSG)). Ihre personenbezogenen Daten sind für die Bearbeitung des Antrages auf „Übernahme von Kosten für erhöhte Aufwendungen bei Ferienfreizeitveranstaltungen in den Herbstferien 2020“ erforderlich.

Es besteht keine Pflicht, dass Sie Ihre personenbezogenen Daten bereitstellen. Allerdings kann ohne die Angaben Ihr Antrag nicht bearbeitet werden.

Die Kreisverwaltung Pinneberg speichert Ihre personenbezogenen Daten ab Erhebung für die Dauer der Bearbeitung des Antrages. Anschließend erfolgt gemäß eine Aufbewahrung des Vorgangs einschließlich Ihrer personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von 5 Jahren.

Eine Weitergabe findet nicht statt.

Ich erkenne die Verarbeitung meiner Daten gemäß der oben genannten Erklärung zur Datenschutzgrundverordnung an.

Unterschrift

Ort, Datum